

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 39. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 28. Februar 2007, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

i.V. von Karsten Jasper

Thomas Stritzl (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

i.V. von Anette Langner

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Vermittlung von Ausbildungsplätzen an Kinder von ALG-II-Empfängern	5
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/83	
b) Förderung von Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/91	
2. Trennung von Stromerzeugung und Leitungsnetz	6
Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/986 (neu)	
hierzu: Umdruck 16/1742 (vertraulich)	
3. Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten	7
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1223	
4. 7. Forschungsrahmenprogramm 2007 bis 2013 der EU	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1213	
5. Optionsvertrag für ein Steinkohlekraftwerk in Brunsbüttel	10
Umdruck 16/1751	
nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO	

6. Akteneinsichtsverlangen in Sachen Beihilfverfahren Lübecker Flughafengesellschaft gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV **11**

Umdruck 16/1824

7. Verschiedenes **12**

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Vermittlung von Ausbildungsplätzen an Kinder von ALG-II-Empfängern

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/83

b) Förderung von Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/91

(überwiesen am 27. Mai 2005 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/98

Der Vorsitzende, Abg. Arp, teilt mit, dass der federführende Sozialausschuss dem Plenum des Landtages empfehlen wolle, die Anträge - bei Zustimmung der jeweiligen Antragsteller - für erledigt zu erklären. - Der Wirtschaftsausschuss schließt sich einstimmig dieser Empfehlung des Sozialausschusses an.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Trennung von Stromerzeugung und Leitungsnetz

Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von FDP und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/986 (neu)

(überwiesen am 12. Oktober 2006)

hierzu: Umdruck 16/1742 (vertraulich)

Auf Vorschlag von Abg. Harms beschließt der Ausschuss einstimmig, zu dem Antrag zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Sprecher der Fraktionen werden gebeten, ihre Vorschläge zum Kreis der Teilnehmer an der Anhörung bis zum 30. März 2007 bei der Geschäftsführung einzureichen; den Anzuhörenden soll für die Abgabe der Stellungnahme eine Frist bis zum 30. April d. J. gesetzt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1223

(überwiesen am 21. Februar 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Nach einer vertieften Diskussion auf der Grundlage der ersten Beratung dieses Antrages in der Landtagssitzung am 21. Februar d. J. bestätigt St'in Wiedemann, dass selbstverständlich auch dem Wirtschaftsministerium bekannt sei, dass es für die Repowering-Anlagen im Land nicht mehr ausreichende Flächen gebe. Insofern würde man schon im Rahmen dessen, dass auch die Kommunen letztlich an das Land herantreten sollten, dass die Flächenerweiterung insbesondere bei den Altflächen, die in früherer Zeit von den Kommunen abgelehnt worden seien, hier eine sinnvolle Ergänzung sein könnte. Sie, St'in Wiedemann, könne sich aber nicht vorstellen, dass man dies sozusagen vonseiten der Landesregierung initiiere, sondern eine solche Initiative müsse schon von den jeweiligen Kommunen ergriffen werden.

AL Püstow erinnert daran, dass „Repowering“ eigentlich heiße Ersatz von alten Anlagen durch neue, leistungsstärkere. Jetzt laufe auch die Diskussion nicht mehr über das Stichwort „Repowering“, sondern darüber, dass man neue Flächen für leistungsstärkere Anlagen benötige. Dort, wo Gemeinden Eignungsgebiete nicht ausnutzten, sie über ihre B-Planung aber Gebiete für Windkraftanlagen aufgestellt hätten, wäre eine solche Erweiterung relativ leicht möglich; schwieriger dagegen sei der Schritt, wenn sich die Landesplanung nach zusätzlichen geeigneten Flächen umguckte, weil eben diese Gebiete räumlich schon exakt abgegrenzt seien. Ein solcher Weg wäre also nur über eine Teilfortschreibung der Regionalpläne möglich. Dies sei aber nicht nur ein vergleichsweise aufwendiger Prozess, sondern dann, wenn man einzelne Flächen entsprechend behandeln würde, würde dies eine Lawine im ganzen Land lostreten, weil das dann nämlich flächendeckend geschehen müsse.

Abg. Harms regt an, seitens des Innenministeriums einmal per Umfrage bei den Gemeinden, die bisher Flächen abgelehnt hätten, den Bedarf an zusätzlichen Flächen zu erheben. - AL Püstow äußert die Vermutung, dass eine solche generelle Umfrage im Land doch eine erhebliche Unruhe erzeugen würde, und schlägt vor, stattdessen einmal auf der Grundlage der Aktenlage im Ministerium aufzubereiten, wo es sich um solche von den Gemeinden bisher abgelehnte Flächen gehandelt habe. - Mit diesem Verfahrensvorschlag erklärt sich der Aus-

schluss einverstanden und wird seine Beratungen über den Antrag zu gegebener Zeit fortsetzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

7. Forschungsrahmenprogramm 2007 bis 2013 der EU

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1213

(überwiesen am 22. Februar 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1213, zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:02 Uhr.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Optionsvertrag für ein Steinkohlekraftwerk in Brunsbüttel

Umdruck 16/1751

Dieser Tagesordnungspunkt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich beraten worden (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die öffentliche Sitzung um 11:30 Uhr wieder.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Akteneinsichtsverlangen in Sachen Beihilfeverfahren Lübecker Flughafengesellschaft gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV

Umdruck 16/1824

Das mit Umdruck 16/1824 von Abg. Matthiessen vorgelegte Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 23 Abs. 2 Satz 2 LV erreicht mit Unterstützung durch die Abgeordneten Callsen, Herdejürgen und Schröder das erforderliche Quorum.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Matthiessen fragt nach der Erforderlichkeit einer Fluglärmschutzkommission am Verkehrsflughafen Lübeck-Blankensee. - St'in Wiedemann sagt eine schriftliche Antwort zu.

Abg. Harms weist darauf hin, dass Zeitungsmeldungen zu entnehmen gewesen sei, dass das Land Schleswig-Holstein bezüglich der festen Fehmarnbelt-Querung einen verlorenen Zuschuss in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages leisten wolle, wenn die Querung denn käme. Er fragt nach der absoluten Zahl und danach, für welchen konkreten Zweck das Geld dann verwendet werden solle.

St'in Wiedemann erwidert, Verwendungszweck sei die Projektgesellschaft, die sich insbesondere mit der Planfeststellung des gesamten Bauwerks, einschließlich Querungsbauwerk und Hinterlandanbindung sowohl auf deutscher wie auf dänischer Seite, befasse. Das Land Schleswig-Holstein habe hier vor der Wahl gestanden, entweder eine Garantiezusage für die gesamte Hinterlandanbindung auf deutschem Gebiet zu geben - dies mit einem dreistelligen Millionenbetrag - oder sich an dieser Projektgesellschaft zu beteiligen. Mit Dänemark sei vereinbart, dass, solange für Dänemark Erklärungsfrist bestehe, keine konkreten Zahlen und Quoten genannt würden.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer